

Frau  
Christa Schliebs  
Berliner Straße 211  
51063 Köln

Telefon 0211 871-2800

Telefax 0211 871-3355

## Bergbauliche Inanspruchnahme der Ortschaft Lützerath

Sehr geehrte Frau Schliebs,

ich bedanke mich für Ihre Eingabe vom 25. November 2022, mit der Sie diverse handgeschriebene, teilweise anonyme Protestnoten gegen die bergbauliche Inanspruchnahme der Ortschaft Lützerath, augenscheinlich von Teilnehmerinnen und Teilnehmern Ihrer Versammlung vor dem Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen am gleichen Tage, vorgelegt haben.

Es ist mir ein Anliegen, mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes in einen konstruktiven Dialog zu treten. So verstehe ich auch Ihre Eingabe, mit der Sie auf Ihre Petition „Keine Räumung von Lützerath!“ aufmerksam machen, welche Ihren Angaben zu Folge bereits von über 30.000 Menschen unterschrieben wurde.

*Wir sind uns einig, dass der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel eine Jahrhunderaufgabe ist. Die nordrhein-westfälische Landesregierung tut gerade viel dafür, um die Stromerzeugung mit fossilen Brennstoffen hinter uns zu lassen. Deshalb haben wir in einer wegweisenden Einigung mit der Bundesregierung und RWE den Kohleausstieg auf das Jahr 2030 vorgezogen.*

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 8  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



Der Minister

Seite 2 von 3

Bei all diesen Ambitionen für mehr Klimaschutz dürfen wir aber, gerade in der gegenwärtigen, durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zugespitzten Situation die Versorgungssicherheit unseres Landes nicht außer Acht lassen. Für eine sichere Energieversorgung wird die Braunkohle unter der Ortschaft Lützerath gebraucht.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Es ist Ihr gutes Recht, friedlich gegen diese Entscheidung zu protestieren. Sie setzen sich aus Überzeugung für den Klimaschutz und die Umwelt ein. Das tun viele friedliche Umweltschützer und ich möchte daher vorweg betonen, dass friedliche Demonstrationen von der Polizei NRW nicht verhindert, sondern geschützt werden - auch in der Diskussion um die Zukunft des Braunkohle-letagebaus in Nordrhein-Westfalen.

Aber ebenso klar ist für mich: Wenn eine Entscheidung gefallen ist und diese auch noch von Gerichten überprüft und bestätigt wurde, dann muss in einem Rechtsstaat am Ende des Tages auch deren Umsetzung gewährleistet werden. Dort, wo friedlicher Protest von Extremisten und gewaltbereiten Gruppierungen unterwandert wird, um geltendes Recht außer Kraft zu setzen, muss unser Rechtsstaat wehrhaft bleiben.

*Soweit muss es aber nicht kommen. Eine Eskalation ist nicht im Interesse der Landesregierung - und ich bin davon überzeugt, auch nicht in Ihrem! Um es klar zu sagen: Niemand muss seinen Protest einstellen. Ich würde mir nur wünschen, dass dieser Protest nicht mehr in Lützerath stattfindet, sondern an anderen Orten - friedlich, ohne Gewalt und ohne Rechtsbrüche.*

Dabei ist die Landesregierung auch auf Ihre Hilfe angewiesen, auf die Hilfe der friedlichen Umweltschützer. Lassen Sie sich nicht von Extremisten radikalieren und tragen Sie Ihren Teil zu einem friedlichen Verlauf

Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Der Minister

der weiteren Proteste bei. Die große gesellschaftliche Akzeptanz für den Klima- und Umweltschutz dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Denn nur gemeinsam wird es uns gelingen, den Weg Nordrhein-Westfalens zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu beschreiten.

Seite 3 von 3

Ich bedanke mich noch einmal für Ihr Schreiben und wünsche Ihnen persönlich alles Gute und uns allen einen friedlichen Verlauf der Proteste.

Mit freundlichen Grüßen